



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung

Dezentralisierung in der deutschen
Entwicklungszusammenarbeit



Dezentralisierung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Dezentralisierung und die Einführung lokaler Selbstverwaltung sind in vielen Kooperationsländern wichtiger Bestandteil **politischer Reformprozesse**. Obwohl Dezentralisierung nicht automatisch zu Entwicklungserfolgen führt, sind effiziente dezentrale Regierungs- und Verwaltungsstrukturen wesentliche Elemente verantwortungsvoller Regierungsführung. Sie bilden die Grundlage für strukturelle Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung: Lokale Regierungs- und Verwaltungseinheiten bieten die Chance zu **höherer Effizienz, Transparenz und Bürgernähe** und können einen Beitrag zu **Demokratieentwicklung** leisten. Dezentralisierung erhöht die Chancen auf Partizipation der verschiedenen (ethnischen, politischen, ökonomischen, sozialen, religiösen) Interessengruppen und kann so das gesellschaftliche Konfliktpotential vermindern. Darüber hinaus kann sich die stärkere lokale Eigenverantwortung dynamisch auf die **Wirtschaftsentwicklung** auswirken.

Der Dezentralisierungsprozess ist ein politischer Prozess, der in die Reform des gesamten Regierungs- und Verwaltungssystems eingebettet ist. Er kann Widerstände bei einzelnen Interessengruppen hervorrufen und von Rückschritten gekennzeichnet sein. Die Konfliktrisiken durch Veränderungen der Machtkonstellationen und Umverteilungen von Ressourcen müssen im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen erkannt und bearbeitet werden. Hierzu sind oftmals neue Strukturen erforderlich, die erst langfristig aufgebaut werden können.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unterstützt ihre Partnerländer in ihren Dezentralisierungspolitiken. Aufgrund **länderspezifischer Besonderheiten** kann es kein Patentrezept für die Zusammenarbeit geben. Erfolge können zumeist nur mittel- bis langfristig erreicht werden. Häufig geht es vorrangig darum, den politischen Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zu ermöglichen und zu moderieren, um gemeinsam mit dem Partner geeignete institutionelle Lösungen zu erarbeiten.

Dezentralisierungsprozesse setzen **Reformbereitschaft** in den Partnerländern voraus. Grundvoraussetzung ist der von wesentlichen Akteuren getragene politische Wille zu Reformen und die finanzielle Beteiligung an den Kosten der Reform. Wo die politische Reformbereitschaft noch nicht sehr ausgeprägt ist, kann – allerdings nur in begrenztem Maße – die politische Bewusstseinsbildung sowie die Stärkung reformorientierter Kräfte beziehungsweise der Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern der Reformen Bestandteil der Förderung sein.

Was verstehen wir unter Förderung von Dezentralisierungsprozessen und Stärkung lokaler Selbstverwaltung?

Dezentralisierung im Verständnis der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bedeutet die **Übertragung von Aufgaben, Zuständigkeiten, Ressourcen und politischen Entscheidungsbefugnissen** an die **mittlere** (zum Beispiel Provinzen, Distrikte, Regionen) sowie die **untere Ebene** (Städte, Gemeinden, Dörfer). Unser Verständnis von Dezentralisierung geht über eine administrative Dezentralisierung (Dekonzentration) hinaus. Entsprechend werden unter lokaler Selbstverwaltung räumlich abgegrenzte Verwaltungseinheiten mit einem eigenen Aufgabenkreis, ausreichenden eigenen Ressourcen und demokratisch legitimierten Vertretungsorganen verstanden. Dieses entspricht dem Leitbild der Verwaltung in einem leistungsfähigen, bürgerorientierten und an demokratische Grundprinzipien gebundenen Staat.



Für die sachgerechte Erfüllung der übertragenen Aufgaben ist eine angemessene Ressourcenbasis notwendig. **Fiskalische Dezentralisierung**, das heißt die Übertragung von Kompetenzen zur Erreichung einer autonomen Einnahmen- und Ausgabenpolitik auf dezentraler Ebene ist entscheidender Bestandteil eines erfolgreichen Dezentralisierungsprozesses. Ebenso kann die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf nichtstaatliche Träger in **Privatwirtschaft** und **Zivilgesellschaft** im Verständnis der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein Element von Dezentralisierung darstellen.

Unser Verständnis von Dezentralisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung ist geprägt von den **spezifisch deutschen Erfahrungen** mit einem föderalen System sowie einer lokalen Selbstverwaltung, in der die dezentralen Einheiten weitgehende politische Eigenständigkeit haben. Grundsätzlich folgt die Förderung von Dezentralisierungsprozessen dem Subsidiaritätsprinzip. Danach sollten Aufgaben nur dann auf der übergeordneten politischen oder gesellschaftlichen Ebene wahrgenommen werden, wenn untergeordnete Ebenen sie nicht adäquat erfüllen können.

Verwaltung in
einer ruandischen
Behörde

Zentrale Arbeitsfelder der Unterstützung von Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung

- Stärkung von **rechtlichen** und **institutionellen Rahmenbedingungen** hinsichtlich der Gestaltung und des Zusammenwirkens verschiedener Verwaltungsbeziehungsweise Regierungsebenen (einschließlich der Reform der Finanzbeziehungen)
- Aufbau **institutioneller Kapazitäten** zur Umsetzung von Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung (*institution building / capacity development*) auf nationaler, kommunaler und insbesondere auf lokaler Ebene
- Neugestaltung der **Aufgabenverteilung** zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft
- Institutionalisierung von **Bürgerbeteiligung** an lokalen Entscheidungsprozessen.

Die Unterstützung durch Entwicklungszusammenarbeit ist in den meisten Fällen auf einzelne Teilbereiche des Dezentralisierungsprozesses fokussiert. Dezentralisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung sind über die spezifischen Fördermaßnahmen hinaus Querschnittsaufgaben auch in anderen Förderbereichen, unter anderem bei Demokratisierungsprozessen, Verwaltungsreformen, Kommunal- und Stadtentwicklung sowie bei Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

Welchen Beitrag leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern?

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt die Förderung von Dezentralisierungsprozessen und Stärkung lokaler Selbstverwaltung auf bilateraler Ebene durch Programme in Partnerländern sowie durch Kooperationen auf multilateraler Ebene. Auf bilateraler Ebene sind die wichtigsten Förderansätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit:

- Unterstützung bei der **Formulierung** von **Dezentralisierungskonzepten** und **politischer Willensbildung** auf nationaler Ebene
- Beratung der zuständigen Behörden / EntscheidungsträgerInnen bei der **rechtlichen, institutionellen** und **administrativen Ausgestaltung** des Dezentralisierungsprozesses
- Beratung bei der **Umgestaltung** des **Haushalts- und Finanzwesens, Fiskaldezentralisierung** und **kommunalem Finanzmanagement**
- Stärkung **lokaler Selbstverwaltung**, insbesondere durch die Stärkung der finanziellen Grundlagen der Gemeinden (zum Beispiel durch kommunale Investitionsfonds), Reformen in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung, sowie durch Aus- und Fortbildung des Personals
- Stärkung der **Bevölkerungsbeteiligung**, unter anderem durch Verbesserung der rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für die Partizipation insbesondere auch von benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Kompetenzen und Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die pluralistische Struktur der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bietet ein Instrumentarium für Maßnahmen, das den Mehrebenenansatz und die Trägerdiversifizierung gleichermaßen berücksichtigen kann. Verschiedene Beratungsformen sowie finanzielle Unterstützung werden miteinander kombiniert. Die Koordination der verschiedenen Akteure und Instrumente ist dabei Voraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz dieser Struktur.

In der staatlichen bilateralen **Technischen Zusammenarbeit (TZ)** sind die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (**GTZ**), der Deutsche Entwicklungsdienst (**DED**) sowie die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (**InWEnt**) tätig. Die **Finanzielle Zusammenarbeit (FZ)** wird über die **KfW Entwicklungsbank** gefördert.

Wichtige Akteure der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind die **Politischen Stiftungen**. Maßnahmen der **Kirchlichen Zentralstellen** und der **Privaten Träger** zielen vor allem auf die Stärkung der Bevölkerungsbeteiligung auf dezentraler Ebene ab. Darüber hinaus sind viele **deutsche Städte und Gemeinden** durch Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 in der Nord-Süd-Arbeit tätig. Bund (BMZ) und Länder haben – angesiedelt bei InWEnt – die „**Servicestelle Kommunen in der Einen Welt**“ eingerichtet, die kommunale Initiativen in lokalen Agenda-21-Prozessen und Partnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und den Kooperationsländern unterstützen soll.



Markt am Straßenrand in Namibia

Weitere Informationen:

BMZ Spezial 052: „Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Selbstverwaltung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, 2002:

<http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial052pdf.pdf>

BMZ Spezial 046: „Verwaltungsreform in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, 2002:

<http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial046pdf.pdf>

Informationen des BMZ zu Good Governance:

<http://www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/index.html>

Informationen der GTZ zu Dezentralisierung:

<http://www.gtz.de/de/themen/politische-reformen/884.htm>

Informationen der KfW zu Governance und Dezentralisierung:

http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Sektoren/Governance_und_Dezentralisierung/index.jsp

Servicestelle: Kommunen in der einen Welt:

<http://www.service-eine-welt.de/home/index.html>

The Informal Development Partners Working Group on Local Governance and Decentralization:

<http://www.dpwg-lgd.org>

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dienstsitz Bonn

Postfach 12 03 22

53045 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 99 535 - 0

Fax + 49 (0) 228 99 535 - 3500

Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. + 49 (0) 30 18 535 - 0

Fax + 49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de | www.bmz.de

Redaktion

Dorothee Richter, Kathrin Löber

Referat Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit

Gaby Holleder

Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Verantwortlich

Dr. Eduard Westreicher

Referat Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit

Klaus Krämer

Referat Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Gestaltung

F R E U D E ! design, Köln

Fotos

BMZ; außer Seite 7: Ralf Bäcker

Druck

Schloemer Gruppe, Düren

Gedruckt auf 100% Altpapier, mit Umweltzeichen

„Blauer Engel“

Stand

Oktober 2008

Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

Tel. + 49 (0) 1805 77 80 90

(Festpreis 14 Cent/Min., abweichende Preise
aus den Mobilfunknetzen möglich)

Fax + 49 (0) 1805 77 80 94

E-Mail publikationen@bundesregierung.de

